



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/II/89 - 17.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Beschlagnahme der "Deutschen Saarzeitung"	S. 1
Schwarzer Tag für UNO	S. 3
Sozialisten und Christen	S. 4

Zonenaufrechterung statt Saarbefreiung

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Nächste Woche Mittwoch wird es im Bundestag eine lange Aussprache über die Saarpolitik der Bundesregierung geben. Im Zentrum der Betrachtungen werden die Abmachungen des Bundeskanzlers vom 20. März in Paris stehen. Ihr wesentlicher Inhalt ist nach Meinung des deutschen Volkes ein aus der gesamten Politik des Kanzlers fließender Verzicht auf die deutsche Saar. Selbst in seiner Koalitionsregierung scheint er alleine zu stehen mit der Meinung, dieses Abkommen bringe die Möglichkeit freier Wahlen zum Saar-Beauftragten, der im Herbst dieses Jahres gewählt werden muss. Seit dem 20. März sind einige Ereignisse eingetreten, die mit der Härte, die den Fakten eigen ist, die These des Kanzlers zertrümmern.

Herr Außenminister Schuman hat mehrfach erklärt, dass letzten Endes an der Saar nach den Bedingungen der Saarregierung und ihrer Organe gewählt werde. Diese Bedingungen sind insbesondere in dem Parteiengesetz niedergelegt, das 3 Tage vor den Pariser Abmachungen vom Saarbrücker Landtag verabschiedet und jetzt durch Veröffentlichung im Amtsblatt

Gesetzeskraft erlangt hat. Es verbietet Parteien als verfassungswidrig, die gegen die Losreissung der Saar von Deutschland sind; d.h. von freien Wahlen kann keine Rede sein!

Ein in sich kleines Ereignis in der Bundesrepublik am Oster-samstag hat gezeigt, mit welcher Verbissenheit Frankreich seine bisherige Saarpolitik weiterführt. Der französische Botschafter Francois Poncelet liess in der französischen Besatzungszone die "Deutsche Saarzeitung" beschlagnahmen und verbieten. Die "Deutsche Saarzeitung" ist das Organ des Deutschen Saarbundes. Ihre erste Nummer erschien am 1. Dezember vorigen Jahres in Bad Kreuznach. Schon vor diesem Datum war sie im Saargebiet verboten! Die französische Regierung tat dieser 14tägig erscheinenden Zeitung die Ehre an, sie für so gefährlich zu halten, dass sie sie auch - aufgrund eines "Gesetzes über die Pressefreiheit" vom 29. Juli 1881! - für das französische Staatsgebiet verbot. Auf die Bundesregierung drückte sie im Sinne eines Verbotes der Zeitung für die Bundesrepublik. Ganz so weit ist die Verzichtspolitik Dr. Adenauers noch nicht gediehen, und so half sich Frankreich mit eigenen Mitteln in dem Bestreben, die Polizeistaatlichkeit des Saargebietes auf die Bundesrepublik auszudehnen. Sie setzte über die Sûreté die Polizei ihrer Zone gegen das gefährliche Blatt in Bewegung.

Die Deutschen fassen sich an den Kopf. Zone? Seit Bestehen der Bundesrepublik gibt es doch keine Zonen mehr! Und alle Eingriffe der Besatzungsmächte aufgrund des Besatzungsstatute können doch, wenn überhaupt, nur von diesen in Gemeinschaft ergriffen werden! Stattdessen weist Monsieur Francois Poncelet die Sûreté an, die Unterdrückung der Pressefreiheit an der Saar auf "seine Zone" auszu-dehnen. Die Sûreté wendet sich an untergeordnete Dienststellen der Landespolizei in Koblenz, die den Befehl der Beschlagnahme entgegennimmt und schnellstens ausführt.

Die Landesregierung in Mainz weiss von nichts, noch viel weniger wird die Bundesregierung unterrichtet.

Langsam, nachdem man sich bewusst geworden ist, welcher eklatanter Rechtsbruch von einer Besatzungsmacht in politisch so wichtigen Fragen wie Pressefreiheit und Saarpolitik hier begangen worden ist, kommen die Puppen in Bewegung. Herr Altmajer, der Mini-präsident des Landes, protestiert bei dem französischen Landes-kommissar, und Herr Dr. Adenauer verhandelt mit der Hohen Kommission über - die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Generalvertrag! Gegen die Wiedererweckung der Zonen und ihrer Besatzungsmethoden durch den einen Verhandlungspartner hat er bisher kein Wort des öffentlichen Protestes gefunden.

Das kleine Ereignis von Bad Kreuznach wirft ein bezeichnendes Licht auf die Saarpolitik und die gesamte Aussenpolitik der Bundesregierung. Herr Adenauer wird von Frankreich und seinem Vertreter in Deutschland so behandelt, wie er es aufgrund seiner Politik verdient. Der Bundestag wird nächste Woche dazu noch einiges zu sagen haben.

Ein schwarzer Tag der Vereinten Nationen

-f. "Dieser Tag wird in die Geschichte der Vereinten Nationen eingehen als der Tag, an dem das Fundament gelegt wurde für die Unterdrückung der freien Aussprache in den Vereinten Nationen". Dieses harte Urteil wurde im Sicherheitsrat abgegeben von einem Mann, der als Jurist gewohnt ist, seine Worte vorsichtig zu wählen, und der als Politiker nach seinem ganzen Wesen ein Mann der Mässigung und des Ausgleichs ist.

Es war der pakistanische Delegierte Professor Bokhari, der in diesem Monat den Vorsitz im Sicherheitsrat führt. Er hatte sich dafür eingesetzt, dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Antrag von elf asiatischen und afrikanischen Staaten mit der Lage in Tunesien beschäftigen sollte. Aus diesem Plan ist nichts geworden. Washington hat ihn zu Fall gebracht. Ohne amerikanische Unterstützung war es unmöglich, die erforderlichen sieben Stimmen zusammenzubringen, damit die Diskussion der tunesischen Frage auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte. Der amerikanische Delegierte aber gab bekannt, dass die Vereinigten Staaten sich der Stimme enthielten. Die Begründung, die er diesem Entschluss gab, verriet deutlich genug sein Unbehagen. Der unerfreuliche Eindruck verstärkte sich noch, als ausgerechnet Griechenland und die Türkei sich dem amerikanischen Vorgehen anschlossen. Der britische Delegierte lehnte erwartungsgemäss eine Diskussion ab. Nur die Sowjetunion, Pakistan, Chile und Brasilien und der nationalchinesische Delegierte befürworteten sie.

Es mag fraglich sein, ob durch eine Diskussion vor dem Forum des Sicherheitsrates den Tunesiern hätte geholfen werden können. Eines aber ist wohl unbestreitbar: wenn die Absetzung und Verhaftung eines Regierungschefs, die gewaltsame Unterdrückung einer Unabhängigkeitsbewegung und die Oktroyierung eines Marionettenregimes in Indonesien durch die Franzosen nicht Gegenstand einer Diskussion vor dem Sicherheitsrat sein dürfen, dann ist es etwas faul in den Vereinten Nationen.

Der Entschluss der amerikanischen Regierung, sich in einer so wichtigen Frage zu versagen, ist in Amerika nicht ohne Widerspruch

geblieben. Es ist klar, dass die Haltung Washington dem Ansehen der amerikanischen Politik in Asien und Afrika schaden wird, denn sie wird sich schwer gegen den Verdacht wehren können, mit zweierlei Mass zu messen. Das Argument, eine offene Diskussion vor dem Sicherheitsrat könne die Anbahnung eines französisch-tunesischen Ausgleichs nur stören, ist schwach. Washington kann nicht so naiv sein, anzunehmen, dass die von Frankreich eingesetzte "tunesische" Regierung, deren Aussenminister der französische Generalresident, also der Herr des Landes ist, irgendetwas anderes als der Befehlsempfänger Frankreichs sei. Die asiatischen und afrikanischen Antragsteller wollen den französisch-tunesischen Streit nun vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen bringen. Bis dahin geht viel kostbare Zeit verloren.

+ + +

Begegnung im Dienste am Menschen

Christentum und Sozialismus

Bei der Ordensverleihung an den württembergischen Landesbischof D. Wurm hatte ein in den Gewerkschaften an führender Stelle stehender Sozialdemokrat den hohen Geistlichen im Glückwunschschreiben daran erinnert, dass sich D. Wurm der Arbeiterbewegung gegenüber so aufgeschlossen gezeigt habe. Landesbischof D. Wurm erwiderte hierauf, es sei ihm einst ein grosser Schmerz gewesen, dass sich zwischen den christlichen Bemühungen um die sittliche Gesundheit des Volkes und der politischen Arbeiterbewegung keinerlei Fühlung herstellen liess.

"Es war eine ungewollte Wirkung des Dritten Reiches", schrieb der Landesbischof, "dass die christliche Kirche und die sozialistische Arbeiterbewegung eine gemeinsame Front gegen alle Bestrebungen zur Unterdrückung des menschlichen Geistes, der menschlichen Freiheit und des menschlichen Rechts bildeten. Deshalb war es, nachdem eine politische Bewegungsfreiheit wieder vorhanden war, mein erstes Bestreben, im Namen der Kirche mit führenden Persönlichkeiten auf der sozialistischen Seite Fühlung zu nehmen, frühere Missverständnisse auszuräumen und einen Weg einzuschlagen, auf dem sich die Konflikte zwischen dem Kampf um sozialen Fortschritt und dem christlichen Glaubensgut vermeiden lassen."

Die Voraussetzungen für eine Begegnung zwischen Persönlichkeiten der evangelischen Kirche und des demokratischen Sozialismus sind

heute umso mehr gegeben, als die SPD im historischen Prozess der letzten Jahrzehnte eine grundlegende ideologische Wandlung durchgemacht hat, aber auch die Kirche der gesamten Arbeiterbewegung gegenüber eine wachsende Aufgeschlossenheit zeigt. Das hat eine Basis für eine gegenseitige Abklärung der Standpunkte zwischen Kirche und demokratischem Sozialismus geschaffen, die eine weitgehende fruchtbare Zusammenarbeit im Dienste am Menschen verspricht. Uns sind Kreise bekannt, die eine solche in ernstestem Ausmaß anstreben. Auch in Südbaden gibt es eine Gruppe von Männern der evangelischen Kirche und der sozialistischen Bewegung, die bereits in mehreren Begegnungen mit Offenheit und ehrlichem Bemühen um ein positives Zueinander ringen.

Es besteht auf beiden Seiten der Gesprächspartner völlige Klarheit darüber, dass Kirche und Partei auf gänzlich verschiedenen Daseinsebenen stehen: die Kirche mit ihrem umfassenden religiösen Auftrag aus christlichem Glaubensgut und die SPD mit ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgabenstellung. Die sozialistischen Gesprächspartner begrüßen jede Möglichkeit, mit Vertretern der evangelischen Kirche über Grundlagen einer sozialen Neuordnung zu diskutieren, weil sie sich besonders auf diesem Gebiet eine fruchtbare Zusammenarbeit versprechen; denn um eine Grundlegung für neue menschliche Beziehungen aus echtem sozialem Geist geht es ja heute entscheidend. Die Kirche hat dabei sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen; denn eine soziale Neuordnung kann nicht allein durch wirtschaftliche und soziale Massnahmen geschaffen werden. Zu ihr gehört eine entsprechende sittliche Haltung des einzelnen Menschen.

Wir sind der Meinung, dass die Ethik eines Menschen, sein Verhältnis zum Mitmenschen, verschieden begründet sein kann, zum Beispiel in der sozialistischen Überzeugung oder in einer Philosophie. Wir werten daher die Herkunft der sittlichen Maßstäbe für das soziale Zusammenleben der Menschen nicht nach einer Rangordnung; denn wir vertreten in religiösen und weltanschaulichen Fragen den Grundsatz unbedingter Toleranz. Wenn die Kirche aus ihrer christlichen Substanz in die angestrebte, weil dringend notwendige soziale Neuordnung sittliche Werte in Auswirkung zu bringen vermag, so bejahen wir sie, weil wir wissen, dass ohne das Christentum als einen der Träger der abendländischen Kultur eine wirkliche innere Erneuerung des europäischen Lebens nicht möglich ist.

(„Das Volk“, Freiburg)